

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt. Für die Redaktion verantwortlich Otto Kästner in Waldenburg Sa.

Druck und Verlag der Firma E. Kästner in Waldenburg Sa.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (E. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabebetage erbeten. Ausgabe nachmittags 1/23 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkensburg bei Herrn Ernst Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Frl. Schmidt, Postagentur.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder anderer Uebersetzungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erscheint werktäglich Nachmittags. Bezugspreis monatlich im voraus 1,80 RM. frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 20 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 15 R.-Pfg. von außerhalb des Bezirkes 20 R.-Pfg., 3 gesp. Petitzeile 45 R.-Pfg., Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 10 R.-Pfg., Nachweise- und Offertengebühr 20 R.-Pfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gründet 1878. Fernsprecher Nr. 206. Postfach Nr. 43. Postkontonummer Amt Leipzig Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank zu Leipzig. Filiale Waldenburg, Stadtpostamt Waldenburg 90. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei mangelsamer Einreichung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfällig.

Gleichweit verbreitet in den Ortsteilen der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

Nr. 257

Sonnabend, den 31. Oktober 1931

54. Jahrgang.

## Hugenberg gibt die Grundlage zur Rettung.

Amtlicher Teil.

Das Ortsgesetz der Stadt Waldenburg über die Herstellung von Straßen, Fußwegen und Schlenfen vom 20. Mai 1931 ist genehmigt worden und liegt 14 Tage lang in der Ratstanzlei zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Waldenburg, den 29. Oktober 1931. Der Stadtrat.

Montag, den 2. November 1931, vorm. 10 Uhr sollen im gerichtlichen Versteigerungsraum 30 1/2 Dhd. kunstseidene Damenstrümpfe, 5 Dhd. Seidenflor-Herrensocken und ca. 39 Dhd. kunstseidene Herrensocken meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Waldenburg, den 30. Oktober 1931.

Der Wirtschaftsbeirat setzte heute Freitag Vormittag keine Beratungen fort.

Der amerikanische Finanzmann Lamont fordert Deutschland auf, sich mit Frankreich direkt zu einigen.

Der preussische Ministerpräsident Brauns hat seine Amtstätigkeit wieder aufgenommen.

Der Schiedsrichter im Lohnkonflikt der Reichsverwaltung sieht eine 4 1/2 prozentige Kürzung vor.

Die sächsischen Metallindustriellen haben das Lohnabkommen zum 30. November getündigt.

Das ev.-luth. Landeskonfessionarium in Sachsen hat neue einschneidende Sparmaßnahmen verfügt.

Um die kurzfristigen Kredite für Deutschland in langfristige umzuwandeln, hat der belgische Finanzmann Francaux eine internationale Kreditanstalt vorgeschlagen.

Die englischen Wähler haben der nationalen Regierung fast 90% aller Stimmen gebracht, wodurch die Opposition fast ausgeschlossen ist.

Japan will seine Beziehung entlang der Mandsch.-Belg.-Serdien hat die Militärärztenzeit verkürzt.

Bahn ausdehnen.

Waldenburg, 30. Oktober 1931.

Die Handelsvertragsverhandlungen, die gegenwärtig zwischen Deutschland und der Schweiz geführt werden, haben Formen angenommen, die einen neuen Wirtschaftskrieg in alarmierende Nähe gerückt haben. Ganz wie bei politischen Konflikten spielt bereits die Apparatur des Ultimatum und der Ablehnung. Wenn nicht im letzten Augenblick doch noch Vernunft und Einsicht die Oberhand gewinnen, dann werden wir zu allem Ueberflus in Europa jetzt auch noch einen fruchtlosen Handelskrieg erleben. Diesmal mit der Schweiz als Mittelpunkt. Die Forderungen, die die Schweiz aufgestellt hat, sind so ungeheuerlich, daß man fast annehmen muß, sie seien von vornherein so abgefaßt, daß an eine Erfüllung nicht gedacht werden konnte. Oder aber sie liefern den Beweis dafür, daß man noch nicht allenthalben in Europa begriffen hat, wie reich die europäische Gesamtwirtschaft im Schatten dieser Krise, im Schatten der Millionenheere der Arbeitslosen, im Schatten ungedeckter Kredite verkommen kann. Die Schweiz will auf der Grundlage des bisherigen Handelsvertrages mit Deutschland nicht mehr weiterarbeiten. Sie will bei nahezu allen Zollpositionen nur noch Kontingente zubilligen, die einen lächerlichen Bruchteil des bisherigen deutschen Exports nach der Schweiz ausmachen. Darüber hinaus sind Zölle in einer Höhe vorgelesen, die jeden weiteren Export illusorisch machen. Aber nicht genug, die Bezahlung des noch verbleibenden Exports Deutschlands nach der Schweiz soll nicht direkt an die deutschen Lieferanten erfolgen sondern auf dem Umweg über die schweizerische Nationalbank. Weshalb? Dort sollen wiederum die Beträge sofort erhalten werden, die für den schweizerischen Export nach Deutschland erforderlich sind, weiter soll ein erheblicher Teil für die Tilgung der kurzfristigen schweizerischen Kredite verwendet werden, und erst der Rest, sofern einer bleibt, soll auf dem Umweg über die Reichsbank den deutschen Exportlieferanten zufließen.

Das ist nichts mehr und nichts weniger als eine glatte Durchbrechung der Stillhalteabmachungen, indem nämlich die schweizerischen Kreditgeber auf diese Weise trotz der Stillhalteverpflichtung ihre Kredite aus Deutschland zurückziehen wollen. Es bedarf keiner Diskussion darüber, daß auf so ungeheuerliche ultimative Forderungen nur eine

charfe Ablehnung als Antwort übrigblieb, aber Deutschland bleibt zu Verhandlungen bereit.

In Berlin haben die ersten Vorbesprechungen für den Beginn der deutsch-französischen Komiteearbeit stattgefunden. Der Generalsekretär der französischen Delegation Direktor Coulondre vom französischen Außenministerium und Ministerialdirektor Ritter vom Berliner Auswärtigen Amt verhandeln bereits über Programm und Formalien, unter denen die eigentlichen Arbeiter aufgenommen werden sollen. In etwa 14 Tagen soll dann in Paris die erste Sitzung stattfinden. Handelspolitische Fragen werden als erstes erörtert werden müssen, zumal eben ein neues Dekret des französischen Landwirtschaftsministeriums, für das Lardieu verantwortlich zeichnet, neue Komplikationen für den deutsch-französischen Handel schafft, weil dadurch mit sofortiger Wirkung die Einfuhr von Äpfeln, Jungstieren, Butter und Fleischkonserven gesperrt wird. Will Lardieu die Verständigungsarbeit Laavals stören?

Der Bürgermeister der Stadt Rotterdam hat an die holländische Regierung das dringende Ersuchen richten müssen, helfenden Rat zu schaffen, wenn die Stadt nicht am 1. November ihre Zahlungen einstellen soll. Die Einkünfte für die öffentlichen Mittel sind so stark zurückgegangen, daß vorläufig die Stadt noch nicht weiß, wie sie am 1. November ihre Verpflichtungen erfüllen soll. Und alle Versuche, bei den Banken einen Ueberbrückungskredit zu erhalten, sind gescheitert. Die Banken wollen ohne Garantie der holländischen Regierung nicht einen Gulden Kredit geben. Diese Entwicklung sollte man nicht nur in Holland sondern im ganzen Ausland, das sonst noch über Kapitalkraft und Kreditvermögen verfügt, als Warnung dafür nehmen, wohin alle, aber auch alle in Europa kommen müssen, wenn nicht Solidarität und Einsicht die Grundlagen bei den Maßnahmen sein werden, ohne die nun einmal die Krise nicht überwunden werden kann.

Wierzehn Tage noch, und wieder wird sich der Völkerbund versammeln, um wieder das chinesisches-japanische Problem zu beraten. Auf der einen Seite glaubt man bestimmte Anhaltspunkte dafür zu haben, daß die Japaner ihre Truppen bis dahin weitgehendst zurückziehen werden. Es heißt, daß die Bombengeschwader bereits nach Korea zurückdirigiert wurden und daß auch sonst schon ein erheblicher Teil Truppen das mandchurische Gebiet wieder verlassen habe. So die offizielle Lesart. Demgegenüber liest man in der japanischen Presse, daß die Befehle sogar noch erweitert werden soll, weil chinesische Soldaten bereits angefangen haben, wichtige Bahnlinien durch Sprengung der Brücken und Zerstörung der Schienen lahmzulegen. Im Hintergrund dieser Kämpfe stehen ja die Wirtschaftsinteressen Japans an diesen Bahnen und am mandchurischen Wirtschaftsgebiet überhaupt. Vor allem Kohleninteressen. Noch hat man die Hoffnung, daß durch das Eingreifen des Völkerbundes ein Krieg vermieden wird. Aber noch blitzen die Bajonetts.

Innerhalb der Reichsregierung war erörtert worden, ob es sich empfehlen würde, bestimmte Ausschüsse des Wirtschaftsbeirats zu bilden. Gegenüber sehr ernsthaften Bedenken hat man sich aber dann doch dazu entschlossen, weil man eine Vertiefung der Diskussion und der Beratungen durch die Ausschussbildung erhofft. Vorgelesen sind einstweilen drei Ausschüsse, und zwar ein Ausschuss, in dem Lohn- und Preisentzug gemeinsam erörtert werden soll, weiter soll sich ein zweiter Ausschuss mit der Zinsentzug befassen und schließlich sollen die übrigen Fragen in einem dritten Ausschuss erörtert werden. Die Schwierigkeit der Beratungen wird darin bestehen, ein Sinctum zwischen den Beratungen der Ausschüsse herzustellen. Außerdem sind aber die Probleme derart gelagert, daß eine nochmalige Gesamtberatung im großen Wirtschaftsbeirat sich kaum vermeiden lassen wird.

### Der Wirtschaftsbeirat tagt.

Ansprache des Reichspräsidenten.

Berlin, 30. Oktober.

Im Hause des Reichspräsidenten fand die erste Sitzung des vom Reichspräsidenten berufenen Wirtschaftsbeirats statt, zu der sich außer den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats der Reichskanzler und die Reichsminister, ferner der Reichsbankpräsident und der Generaldirektor der Reichsbahn einaeinander hatten. Reichspräsident von Hindenburg

empfang die Erschienenen im Großen Saale des Präsidentschloßes und begrüßte sie mit einer Ansprache, in der er unter anderem sagte:

„Die schwere Krise der Weltwirtschaft und Deutschlands besondere wirtschaftliche Bedrängnis erfüllen alle Schichten unserer Bevölkerung mit banger Sorge. Sie rütteln an den Grundpfeilern des wechselseitigen Vertrauens und erschüttern die Zuversicht in die Erhaltung der Unterlagen unserer Volkswirtschaft.

Ich habe nach Vorschlägen der Reichsregierung aus führenden Persönlichkeiten des wirtschaftlichen Lebens, aus den großen Wirtschaftsgruppen von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Kleingewerbe, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Wirtschaftsbeirat zusammenberufen und Sie, meine Herren, heute zu einer gemeinsamen Beratung mit der Reichsregierung zu mir geladen, um der Reichsregierung bei ihren Bemühungen um einen Weg zu helfen, auf dem die wirtschaftliche und soziale Not des deutschen Volkes zum Besseren gewendet werden kann.

Niemand von Ihnen wird verkennen, in welchem Maße die Lage Deutschlands durch weltpolitische und weltwirtschaftliche Umstände bestimmt wird. Hier liegen die schweren und großen Aufgaben der deutschen Außenpolitik.

Von Ihnen aber erwarte ich, daß Sie sich mit mir und mit der Reichsregierung von dem unbefugenen Willen befehlen lassen, wie auch immer die Entwicklung der Welt sein mag, aus der eigenen Kraft Deutschlands heraus von unserem Volke abzuwenden, was eigenes Handeln nur irgend abzuwenden vermag.

Nur das Bewußtsein solcher Pflichtenfüllung und äußerster Kraftanstrengung wird unser Volk befähigen, in innerer Verbundenheit und mit nationaler Würde das zu tragen, was sich in seinem Schicksal als unabwendbar erweist. Ich erhoffe als Ergebnis dieser Zusammenarbeit wirtschaftlicher Sachverständiger und der Reichsregierung einen Ausgleich wirtschafts- und sozialpolitischer Gegensätze und eine Besserung der deutschen Wirtschaftslage.

Wenn diese schwere Aufgabe gelöst werden soll, darf jeder von Ihnen sich nur der Gesamtheit des deutschen Volkes und dem eigenen Gewissen verantwortlich fühlen, muß sich jeder innerlich lösen von Gedanken an Gruppeninteressen und an Einzelrückzügen.

Wenn das deutsche Volk durch die wirtschaftlichen und moralischen Wirrnisse und die Gefahren innerer Zerfegung hindurch zu besserer Zukunft gelangen soll, so ist hierfür Voraussetzung, daß die Führer der Wirtschaft zusammen mit der Reichsregierung einen klaren und zielsicheren Weg geben.“

Der Reichspräsident eröffnete dann im Sitzungssaale die erste gemeinsame Sitzung des Wirtschaftsbeirats und der Reichsregierung und erteilte zunächst dem Reichskanzler Dr. Brüning das Wort. Der Reichskanzler legte in längerer Ausführungen die wirtschaftliche Lage und die zur Besserung der Wirtschaftsnot in Frage kommenden Möglichkeiten dar. Hierauf schlossen sich ergänzende Darlegungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold und des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther an. Abschließend begann die allgemeine Aussprache.

### Berständigung für die Notzeit.

Die Beratungen des Wirtschaftsbeirats.

Berlin, 30. Oktober.

Der Wirtschaftsbeirat setzt in den Vormittagsstunden des heutigen Freitags seine Beratungen unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fort. Man hofft in dieser Sitzung zu Formulierungen zu gelangen, da sich in der Aussprache trotz der natürlichen Gegenständigkeit der verschiedenen Berufsvertreter ein erfreuliches Verständnis für die Forderungen der gegenwärtigen Notzeit gezeigt hat. Der eindringlichste Appell des Reichspräsidenten an das Verantwortungsgesühl der Mitglieder hat offenbar einen sehr starken Eindruck gemacht. — Die gestrige Nachmittagsitzung dauerte zwei Stunden. Der heutigen Plenarsitzung geht eine Führungsnahme der verschiedenen Gruppen voraus.

### Erst Verständigung mit Frankreich.

Aussagen Lamonts zur Reparationsfrage.

New York, 30. Oktober.

Thomas Lamont, der Mitinhaber der J. P. Morgan-Bank, äußert in einer Besprechung des Buches von Schacht: „Das Ende der Reparationen“ über die Reparationsfrage im einzelnen:

In diesen Tagen müssen wir Realisten sein und das